

Saale-Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

Bezugspreise
In Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 2,00 Mark, vierteljährlich
5,00 Mark, durch die Post 6,00 Mark
einschl. Zustellungsgebühr. Einzel-
nummern 15 Pf. Beilagen werden
von einem H. abgehoben, wenn diese
Quellenangabe, 'Saale-Zeitung' ge-
geben. Fern. der Schiffahrt Nr.
1140, der Anzeigen-Nr. 1142
u. 1418, der Bezugs-Nr. 1133
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Anzeigen
werde 10. 8. 1919. 34 mm br. Millimeter-
zeile oder deren Raum mit
20 Pf. berechn. u. in untern An-
nahmenstellen u. allen Anzeigenge-
schäften angenommen. Reklamen
bis 20 mm br. Millimeterzeile 50 Pf.
Anzeigen - Annahmestellen: 60 Pf.
11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abh.
6 Uhr. Abbestellungen, soweit un-
läufig, müssen schriftlich. Erscheint
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
lich u. Haupt-Postfachstelle: Saale,
Halle-Drauzenau 19. Dr. Brau-
hausler, 17. Neben-Postfachstelle:
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 538.

Halle, Sonnabend, den 15. November.

1919.

Helfferich in Strafe genommen.

Der bisherige Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Abg. Dr. Wormuth, legt sein Amt nieder.

Berlin, 15. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Im
Gegensatz zum getrigen Tage waren heute vor und in
der Nähe des Reichstagsgebäudes keinerlei Versamm-
lungen zu sehen. Dagegen herrschte zur Sitzung des
Untersuchungsausschusses selbst ein großer Andrang.
Der Vorsitzende, Abg. Wormuth, kam gleich nach Er-
öffnung der Sitzung in einer Erklärung, die sich gegen
den Minister David richtete, auf die Vorgänge vom
Freitag zurück. Er erklärte die Ausführungen
Dr. Davids hinsichtlich der Intervention einer neutralen
Macht, daß die gemeinen Verhandlungen des Aus-
schusses darüber noch in ihren Ausfängen stecken und
noch keineswegs abgeschlossen wären. Deshalb wäre
es auch gar nicht möglich, sich über diese Fragen schon
fest ein abschließendes Urteil zu bilden. Es liege zu-
nächst weiter nichts vor, als einige Schriftsätze, auf
Grund deren schon jetzt eine eingehende Verurteilung
der Sache nicht möglich wäre. Deshalb müsse der Aus-
schuß vor allen weltgehenden Schlussfolgerungen warnen.

Hierauf wurde die Vernehmung des früheren Vize-
kanzlers Helfferich fortgesetzt, und zwar äußerte sich
Dr. Helfferich auf Eingehen des Ausschusses über die
Gründe, aus denen er seine ursprüngliche Stellung-
nahme für den rücksichtslosen U-Bootkrieg geändert
hatte.

Vorsitzender Wormuth: Für Ihre Wendung
waren hauptsächlich im wesentlichen drei Gründe, und
war einmal die Verhandlungen in Brüssel, aus denen
Sie geschlossen haben, daß es

keinen Frieden ohne weiteren Krieg
geben könne, dann das Schweigen des Präsi-
denten Wilson auf die Kriegsschlichte und drittens
die Staatslosigkeit des Präsidenten vom 22. Januar.
Es liegt dem Ausschuss daran, über diese Frage mög-
lichst erschöpfend etwas von Ihnen zu hören.

Dr. Helfferich betont erneut, daß die Frage des
uneingeschränkten U-Bootkrieges keine grundsätzliche,
sondern eine reine Zweckmäßigkeitfrage ist. Das gelte
nicht nur für ihn, sondern auch für alle Herren, die
damals im Reichstag gegen den uneingeschränkten U-

Bootkrieg keinen Einspruch erhoben hätten, heute aber
so täten, als ob sie jetzt gegen den uneingeschränkten
U-Bootkrieg gewendet sind. Ich meine vor allem die
Herren von der damaligen Fortschrittspartei. Die
Hörsaal-Gesinnung und Straube haben damals auf den
beschlussten U-Bootkrieg hingewirkt, woraus ohne weite-
res hervorgehe, daß diese Herren mit einer ausgiebigen
Verwendung der U-Boote gerechnet haben. Wenn ich
am 9. Januar mich gegen den uneingeschränkten U-Boot-
krieg ausgesprochen habe, so war dies deshalb, weil da-
mals noch keine formelle Antwort der Entente auf die
Wilson'sche Friedensnote vorlag. Als ich von der An-
twort der Entente Kenntnis erhielt, wurde meine Stel-
lungnahme zum U-Bootkrieg anders. Da hätte ich mich
gegen u. Wechsungen auf die Verhandlungen
in Brüssel, die die Rechte der Besetzten nicht fortzuführen, wenn
nicht der schwerbedrängten und bedrohten Westfront
durch jedes nur denkbare Mittel Erleichterung
verschafft

würde. Und dazu gegen die rücksichtslosen U-Bootkrieg,
den er sollte die Militärsanktionen für die Feinde
möglichst beeinträchtigen.

Berlin, 15. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Im
weiteren Verlauf legte Dr. Helfferich eine Frage des
Abg. Dr. Cohn zur Beantwortung ab, weil er noch
nicht mal eine direkte Frage Dr. Cohn's be-
antwortet habe und dies auch in Zukunft nicht tun
werde. Er hätte übrigens auch Gründe, den Abg.
Dr. Cohn als Richter abzulehnen.

Der Untersuchungsausschuss beschloß darauf nach längerer
Beratung Dr. Helfferich eine Geldstrafe von 300 M.
anzuzeigen. Dr. Helfferich bestritt sich die An-
erkennung des Reichstages an.

In diesem Augenblicke erklärte der Vorsitzende des Ausschusses,
Abg. Dr. Wormuth, er verführe sich mit dem Vorgesetzten nicht
einverstanden und lege deshalb den Vorsitz
in der, den darauf der Abg. Gothein übernahm.
Unter großer Bewegung wurde darauf die
Sitzung abgebrochen.

Das Hindenburg-Verhör.

Ueberflüssiges Geplänkel.

Berlin, 14. November 1919.

Die politische Spannung steht im Zeichen des Hindenburg-Verhörs. Traurig genug, daß es überhaupt zu einem
solchen Verhör kommen muß. Aber General Ludendorff be-
dauert darauf, daß bei seiner Vernehmung auch der General-
staatsanwalt zugezogen werde. Und zwar betrachtet, kann
man ja die beiden Männer nicht trennen, nicht im Guten
und nicht im Bösen, nicht in der Hinsicht des großen
Krieges und nicht in den traurigen Umständen einer zeitungs-
abhängigen parlamentarischen Untersuchung. Die Vernehmung
Dr. Helfferichs bildet den Auftakt zu dem Verhör Hinden-
burg-Ludendorff. Und merkwürdig, als ich jetzt, daß das
paßliche Temperament des ebenfalls in Untersuchung-
sachen verwickelten General-Ludendorff ein ganz
neuen Zug in die Szene brachte, daß er dem Spiel andrue-
ckte, daß er aus einem unangelegentlichem Verhör ein Verhör
und Angreifer wurde, daß jener der Untersuchungsausschuss
eine nicht öffentliche Sitzung ein. Will man die Zeit
ändern zur Hindenburg und Ludendorff andere Frage-
stellungen erörtern? Ging der Knabe Paul Helfferich an,
der politischen Inquisition überführt zu werden und will
man ähnliche Verhörbedingungen den großen Heerführer
vermeiden? Es ist leider katastrophal. Je weiter sich der parla-
mentarische Untersuchungsausschuss in die unangenehmen
Schuldsprobleme vertieft, desto weniger historische Wahrheit
wird hervor. Was aus diesem bunten Schwan jetzt folgt,
ist nicht als die trübe glatte augenweitere politische Ver-
schönerung. Wie wird das erst werden, wenn Ludendorff und
Hindenburg gesprochen haben? Wozu die Reise Hindenburgs
nach Berlin während der Verhörperiode? Auch hier es:
Zwar ein Salonwagen für den einen Herrn, aber angehängt
an einen Güterzug. Darum mit Recht Enttäuschung in den
Streifen, die hier noch in Gestalt für Würde und Gehorsam
bewahrt haben. Schließlich wurde doch ein Sonderzug ge-
stellt. Aber die Annuh in Berlin lagte zu einem ge-
richtlichen Verhör. Hindenburg kam in Zivil und wurde von einer
Spezialkommission empfangen. Mit angemessenem Zuhilfenahme
mußte der große Verhör der Soldatenfront entfang
gehen. Ein peinlicher Vorgang. Wer hätte die Szene ge-
regelt? Oberst Reinhardt? Er hatte es ja gar nicht gemeint.
Er kam ja selbst, um den höchsten Vorgesetzten des Krieges,
den Gebieter der Schlachten mit militärischen Ehren zu emp-
fangen. Aber es war eine Eigenmächtigkeit. Die Regierung
hatte es nicht angeordnet. Sie mußte nichts lassen. Und
gleich am nächsten Morgen schlug der „Korwats“ los. Rein-
hardt wußte wohl, daß politische Klugungen unter freiem
Himmel nicht die Belagerungsanlagen zerstören sind. Da
Reinhardt sich mit der Durchführung des Verhörs beauf-
tragt und machte nun solche Aussagen. Es ist ein Schritt auf
die Republik. Reinhardt müsse endlich dankegegessen werden.
Die Regierung dürfe sich nicht von „ihren“ Ministern auf
der Nase herumtanzen lassen. Also Klose. Wo ist Klose?
Wah andere Blätter rufen in ihrem republikanischen Schrei
nach Klose, der sich hierzu äußern müsse. Ist es nicht eine
Hoffnung, daß jedes Geplänkel entsetzt? Haben wir jeden
Sinn für Anstand und Ehre verloren? Warum hat die Regie-
rung nicht einen würdigen Empfang Hindenburgs einge-
richtet, um alle Eigenmächtigkeiten und Nebenrollen zu ver-
meiden? Wie die Hindenburg hat in jedem Augenblick der
schönen Tage wieder seinen feinen Tag bewahrt, den seine
Verkehr an ihm bewahren, und damit die beiden bündeln,
die am Bahnhof und dann in den Zeitungen ihrem poli-
tischen Jorne die Zügel schiefen ließen. Wahr noch, er hat
in vorstehenden Äußerungen, die natürlich sofort in die
Oeffentlichkeit getragen wurden, verurteilt, die ehelichen Ge-
müter zu beruhigen und eine sachliche Beurteilung jenes
kommenden Verhörs vorzubereiten. Ob es staatsrechtlich
und politisch zutrifft, daß er, Hindenburg, als Chef des
Generalstabes des Feldheeres die ganze Verantwortlichkeit für
alle militärischen Entscheidungen allein trägt, ist eine Sache
für sich und wird vielleicht erst dem Staatsgerichtshof ent-
schieden. Vielleicht ist auch dies erst dem Urteil der Ge-
schichte überlassen. Aber es gibt den groß Heerführer,
den ich ein wunderbarer Zug an ihm, daß er bereit ist,
seinen Mitarbeiter Ludendorff gegen den Anstand der poli-
tischen Gegner in Schutz zu nehmen. Was Hindenburg im
übrigen über die Unfreiheit des Krieges — „Nadtraglich
wenn der Soldat glücklich ist, ist gut reden!“ — gesagt hat,
erinnert an Moltkes Betrachtungen in seiner Studie „Ueber

Die wirtschaftliche Lage der künftigen Wehrmacht.

Berlin, 15. Nov. Unter dem Vorh. des Reichs-
präsidenten fand gestern eine wichtige Besprechung über
die wirtschaftliche Lage des zukünftigen Heeres und der
Reichsmarine, sowie der augenblicklichen Wehrmacht
sowie zu welcher der Reichspräsident, in seiner Eigen-
schaft als oberster Befehlshaber der Reichsarmee, den
Reichsminister der Reichswehr, den Reichsminister der
Kriegsmarine, den Reichsminister der Luftfahrt, sowie
den Chef der Heeresleitung und den Chef der Admiralität
teilnehmen hatte.

Die Geldbezüge der Wehrmacht in Heer und
Marine sollen zusammen mit dem Geldwert der Rats-
schlüssel ungefähr dem durchschnittlichen Arbeiterlohn
entsprechen. Dabei wird dem Dienstalter der Wehrleute
dazu, Aufstellungen derer Rechnung getragen werden,
daß die jung eintrittenden Freiwilligen sich mit jugend-
lichen Arbeiter, die dienstälteren Wehrleute mit älteren
Arbeitern vergleichen können.

Der Schwerpunkt der Entlohnung ist auf die Ma-
terialbezüge zu legen. Diese sollen bestehen in
zweckmäßiger Dienstbekleidung, einer Ansehens-
bekleidung, in ausreichender, gesunder Ernährung und
Unterbringung, in ärztlicher Behandlung, in Sieder-
heizung gegen Verunfallung; ferner in einem abge-
stufelten Fortbildungsunterricht mit Lehr- und Bildungs-
mitteln; endlich in einer sachverständig geleiteten Sport-
pflege mit Ausstattungsgegenständen, Geräten und
Plätzen.

Die Unterführung beim Uebergang in den bürger-
lichen Beruf nach vollendetem Dienstzeit wird bestehen:

1. in einer zweckentsprechenden Vorbildung während
der Dienstzeit;
2. in einer Dienstbezüge;
3. in einer Umwandlung auf Anstellung im Ge-
meinde-, Landes- oder Reichsdienst, oder als Ersatz
besitz in einer Berufsbeihilfe in Geld oder Natur
zum Erlangen einer Erwerbsstellung im Stadt-
oder Landdienst.

Für die Offiziere und die ihnen Gleichgestellten
für den Dienst in der Reichswehr und der Reichsmarine

als Lebensberuf zu betrachten, da sie sich an 25 Le-
bensjahre zu verpflichten haben. Sie können
daher am Schlusse ihrer Verpflichtung nicht lediglich mit
einer Unterführung für den Uebergang in einen bürger-
lichen Beruf entlassen werden, sondern müssen sich durch
ihre Dienste einen Ansporn auf Vererbung erwerben,
so daß am Ende ihrer Verpflichtung, soweit sie nicht
länger im Feldwehrendienst bleiben und damit höhere
Verdienstansprüche erwerben, ihnen ein be-
stimmtes Vermögen oder eine Pension oder ein Anwartschaft
auf Anstellung im Gemeindef-, Landes- oder Reichsdienst
oder eine Berufsbeihilfe in Geld oder Natur zur Er-
langung einer Erwerbsstellung in Stadt oder Land ge-
währt wird. Es wird beabsichtigt, dem Offizier gleich-
falls einen Teil seiner Bezüge in Natur in Gestalt von
Bekleidung, Ausrüstung, Unterbringung, Bewaffnung
u. w. zuzuwenden.

Für die Verbesserung der augenblicklichen wirtschaft-
lichen Lage der Truppe werden folgende Maßnahmen
beschlossen:

Die Truppenverpflegung wird durch eine
Abendkost im Rahmen der verfügbaren Ver-
pflegungsmittel verbessert und dazu das tägliche
Verpflegungsgeld entsprechend erhöht.

Zur Beschaffung von 80 000 Anzügen für die
Reichswehr werden die notwendigen Mittel flüssig ge-
macht.

Die Geldbezüge werden für verheiratete
Soldaten bzw. Weibchen oder Geiger dadurch verbessert,
daß sie eine Beschäftigungsbeihilfe von 200 Mark
und ferner für jedes Kind weitere 200 Mark erhalten
werden.

Außerdem soll den Wohnungsempfängern, die ver-
heiratet sind und getrennten Haushalt führen
müssen, ein Wohnungszuschuß gewährt werden.
Auf die bisher verurteilte Ausrüstung der Reichs-
wehrgeluge bei Auszahlung der Beschäftigungsbeihilfe hat
die Finanzverwaltung verzichtet.

Die Auszahlung der Beihilfen für diese
Verbesserungen sind in Kürze zu erwarten.
Die Kampflage ist schon durch den laufenden
Etat allen Reichswehrtruppen bis zum April 1920 ge-
sichert.

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Wer zeichnet, spart und gewinnt!

Strategie" bald nach dem Beschlusse 1870/71. Man wird bei der Berechnung Hindenburg wohl mangeln hören, was tiefer in den Verlauf und Ausgang des Krieges bilden läßt und was hinsichtlich den politischen Zwiespalt der Meinungen etwas ausgleicht.

Deutschnationale und Sozialdemokraten in der Ernährungsfrage.

Am 3. November legte der Staatshaushaltsausschuß folgenden Antrag vor:
Die Regierung wolle für das nächste Erntejahr folgende Maßnahmen vorbereiten: Zwangsweise Bewirtschaftung brachliegender Felder.
Die Deutschnationale Volkspartei stimmt gegen diesen Antrag.

Am demselben Tage brachten nun die Deutschnationalen, denen nachträglich wohl die Tragweite ihrer Ablehnung obigen Antrages klar geworden sein mochte, nachfolgenden Antrag ein:

Die Staatsregierung zu ersuchen, endlich ein Verbot der Abschachtung von Wildschweinen zu erlassen, da sonst die Versorgung unserer Kinder mit Wild in Frage gestellt ist.

Gegen diesen Antrag stimmten aber die Sozialdemokraten.

Der Kommentar zu dieser Haltung der Parteien rechts und links in unserer Ernährungsfrage erscheint überflüssig, denn die Ablehnung zeigt deutlich, wie weit die Parteivertretung die Sorge um die wichtigsten Lebensinteressen des Volkes übersteigt.

150 Mark wöchentliche Streikunterstützung.

Berlin, 15. Nov. Die seit kurzem unabhängige Vertretung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat vor einiger Zeit die Streikunterstützung für Ledige auf 84 Mark wöchentlich, für Verheiratete auf 4-5 Kindern auf 150 Mark wöchentlich erhöht. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug bis zur Herrschaft der Unabhängigen, also bis Mitte Oktober, 40 Millionen Mark, von denen 11 Millionen in Grundbesitz angelegt waren. Von den anderen 29 Millionen sind in den letzten vier Wochen 18 Millionen in Berlin verstreut worden sein.

Die deutschen Sklaven in Frankreich.

Genf, 14. Nov. Das „Echo de Paris" meldet: Der französische Minister hat am gestrigen Nachmittag von der deutschen Botschaft nach „vorzüglicher" Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen Kenntnis genommen. Der Minister hat die Auffassung gemacht, dass die deutsche Regierung eine Antwort zu geben sich, daß aber die „Veränderungsgründe" für die Durchsicht der Clemenceux Erklärung vom September dieses Jahres „auch heute noch fortbestehen".
Weiter enthält die letzte Ausgabe der Berliner Zeitung „Echo" und des „Echo de Paris" wiederum Notizen, aus denen hervorgeht, daß deutsche Kriegsgefangene auch wie vor an der handlichen Küste und in Nordfrankreich zu Aufbaumarbeiten und Barackenbauten und namentlich zum Aufschichten von Granaten und Sprengmitteln gezwungen werden. Bei dieser Sklaverei haben sich bereits Unglücksfälle zugetragen, die den Tod mehrerer Gefangener zur Folge hatten.

Neue große Kundgebungen für Hindenburg.

Berlin, 14. Nov. Nach einer Berliner Lokalcorrespondenz gehen heute morgen von der Berliner Volkspartei etwa 100 bis 400 Studenten mit schwarz-weiß-roten Bannern zum Teil auch mit ihren Korporationsfahnen, in kleinen unauflösbaren Trupps die Linden- und die Charlottenburger Boulevards entlang, bis zum Großen Stern. Hier sammeln sich die Studenten, sowie die besonders aus Steglitz herbeiziehenden Schüler und Schülerinnen in großer Zahl. Um 10 Uhr hatte sich dort eine Menschenmenge von 8-10 000 Personen eingefunden. Um 10 Uhr kam das Auto des Generalfeldmarschalls. Brausende Hochrufe auf Hindenburg ertönten und immer wieder erschollten die Rufe: Hoch Hindenburg und Ludendorff! Wieder mit der Revolution! Hindenburg brugte sich aus dem Wagen, dankte für den freundlichen Empfang und bat, die Straße freizugeben. In diesem Augenblick löste sich ein Student auf ein Trittbrett und rief: Straßen sperren. Die riefen Hindenburg nicht, sondern den Unterführer aus der Straße auf! Obwohl Hindenburg und der Chauffeur auf die Menge einzuweichen suchten, verdrängte sich das Auto nur kritzenweise vorwärts. Der dem Reichstag hatten inzwischen tausend Personen Aufstellung genommen. Ein Student hielt von einem Auto in der Nähe des Reichstags eine Rede, daß man um keinen Preis Deutschlands größten Feldmarschall vor dem Ausschuh wie einen dummen Jungen verurteilen lassen dürfte. Er schloß mit einem Hoch und man sang „Heil dir im Siegertranz". In diesem Augenblick kam das Kraftwagen Hindenburgs heran. Die Menge umdrängte das Auto und rief: Nicht hineingehen! Hindenburg lehnte sich aus dem Fenster und rief der Menge zu: „Ich danke Ihnen für Ihre Freundschaft, aber ich muß jetzt nach Hause, ich habe zu arbeiten."

Der Standpunkt der Reichsregierung.

Berlin, 15. Nov. (Sig. Drahtnachricht.) Wie wir erfahren, hat die Reichsregierung die Antwort an die Entente fertiggestellt und am Freitagabend abgesandt. — Die Reichsregierung nimmt zu der Entente folgenden Standpunkt ein: Die angebotenen Strafmaßnahmen wegen angeblicher Verletzung des Waffenstillstandsvertrages sind

seine Willkür.

Deutschland hat sich unter großen Opfern bemüht, den Waffenstillstand zu erfüllen. Wenn nunmehr die Entente antwortet, einzelne ihrer unbilligsten Forderungen als Waffenstillstandsverletzung hinzustellen, so behauptet die Reichsregierung demgegenüber, daß eine rechtlich begründete

sene Waffenstillstandsverletzung im allgemeinen der deutschen Regierung nicht vorgeworfen werden kann. Die geforderte Unterzeichnung des Protokolls ohne jegliche rechtliche Auseinandersetzung wollte die Regierung „möglichst" (!) vermeiden.

Nur 20 Prozent des Friedensschuldenplans.

Der Personenerwerb wird nach seiner Wiederannahme am Montag im Durchschnitt nicht mehr als 20 Prozent des Friedensschuldenplans vom Winter 1918/19 betragen. Schnellzüge verkehren, wie schon gemeldet, auf den Hauptstrecken je ein Paar. — Wie wir hierzu noch von uninteressierter Seite erfahren, werden in den nächsten Tagen bei der Wiederannahme des Personenerverkehrs noch große Schwierigkeiten bestehen. Es kann zunächst nur eine beschränkte Zahl von Personenzügen verkehren.

Schieber müssen Speichrüben kaufen.

Koblenz, 14. Nov. Die amerikanische Behörde geht auch weiterhin mit schärfster Strenge gegen die Schieber im Viehlieferung vor. Circa 40 bis 50 Großschieber, deren Namen in den Koblenzer Zeitungen fortlaufend veröffentlicht wurden, wurden zangsweise der Höchstpreis für Speichrüben abgefordert. Der Höchstpreis dieser Speichrüben sollte zwischen unter ganz besonderen Umständen. Es wurde die Zeit des Abtransports der Schieber bekanntgegeben, so daß die von amerikanischen Soldaten eskortierten Schieber gewissenmaßen Speichrüben kaufen müssen zwischen der sich immer ansammelnden, häufig Bemühungen an entsprechenden Menge. Der Erfolg dieses eigenartigen Vorgehens ist auch nicht ausbleibend. Er zeigt sich in einer starken Abnahme der Schieber und des Schleichhandels innerhalb der von den Amerikanern besetzten Zone.

Erwerbslose, die — viel verdienen.

Für eine verheißene Überwachung der Erwerbslosen tritt der Minister des Innern in einer neuen, der neunten, Ausführungsanweisung zur Vorbereitung über die Erwerbslosenfrage ein. Es heißt darin: Viele Unterhände sollen durch Straßengabel, Straßentrottel, Schleich und Schleichhandel in der Freiheit in hüten Handels- und Geschäftsbetrieb aber durch häufigere Gelegenheitsarbeit umhastete Einnahmen haben. Es muß erreicht werden, durch weiteren Ausbau des Kontrollsystems Fortschritte zu erzielen. Es wird angeordnet, die Kontrolle nicht immer in dieselben Tagesstunden zu verlegen, sondern sie mit einer gewissen Unregelmäßigkeit bei kurzer vorheriger Ankündigung hin und wieder zu anderen als den regelmäßigen Zeiten, auch gelegentlich in späteren Abendstunden, stattfinden zu lassen. Vor allem kommt die für solche Personen in Betracht, die nach ihrem Beruflichem nicht vormittags, sondern nachmittags oder abends beschäftigt sind, z. B. für Musiker, unter Umständen auch für Kleinrentner dieser unmittelbaren Kontrolle eine unauflösbare Überwachung durch Vertrauenspersonen unerlässlich sein.

Diese Verordnung des Ministers zeigt deutlicher als alles andere, daß es die höchste Zeit wird, mit diesem ganzen Erwerbslosenproblem endlich aufzuräumen.

Die rheinisch-westfälische Industrie und die Kohlennot.

In einer gestern in Essen unter Vorsitz des Generaldirektors Bagler abgehaltenen Zusammenkunft von Vertretern rheinisch-westfälischer Hüttenwerke wurde die Besetzung eines Telegramms nach Berlin beschlossen des Inhalts, daß die Verfügung auf erneute Einschränkung des Brennstoffverbrauchs der Hüttenwerke erschiebar die Stilllegung des größten Teils der Eisenhüttenindustrie bedeuete. Die Durchführung ist in Aussicht genommen. Man lehne die Verantwortung ab und weigere sich, der Verfügung Folge zu leisten.

Deutsches Reich.

Ein neuer Völkervertrag?

Berlin, 15. Nov. (Sig. Drahtnachricht.) Von gutinformierter Seite erfahren wir, daß die amerikanische Regierung entschlossen ist, in einer Konferenz mit den anderen Völkern eine gemeinsame Basis für die Regelung der Friedensfrage zu schaffen. Amerika will ferner auf schließliche Unterzeichnung einer Völkervereinbarung drängen, um nach Möglichkeit noch vor der Einberufung des Senats über den Friedensvertrag die Völkervereinbarung in neuer Gestalt zu beraten.

Kaiserliche Möbel für den Reichspräsidenten.

Die Inaueustattung der früheren Kaiserliche „Hoherzollern" ist in zwei Eisenbahnwagen verladen worden und soll, nach dem „B. Z.", nach Berlin geschickt werden, um künftig im Hause des Reichspräsidenten Verwendung zu finden. Es handelt sich um 63 Kisten mit Möbeln, Silberzeug und Porzellan und etwa 70 Kisten und Koffer.

Streifen im Saargebiet verlost.

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung" aus Saarbrücken erließ der französische General Ludauer, der oberste militärische Verwalter des Saargebietes, eine Proklamation an die Bevölkerung, wonach das Recht auf Arbeitseinstellung aufgehoben wird. Für den Fall eines Streiks wird ein Sondergericht in Saarbrücken errichtet, das mit weitgehenden Strafbefugnissen gegen zuwandernde Arbeiter ausgestattet ist.

Starker Aufbruch nach rechts.

Berlin, 14. Nov. Die jetzt abgelaufenen Wahlen zum obersten Provinzialparlament ergaben 19 Sozialdemokraten, 9 Demokraten, 8 Zentrum, 84 Deutschnationale, 5 Deutsche Volkspartei, 1 deutsches reichsdeutsches Parteiglied, 3 Unabhängige, 1 Polen, 1 Bauer. Den 34 Mandaten der drei Regierungsparteien stehen also 48 Sitze der Reichsopposition gegenüber.

Eine Versammlung der Völkervereinigung gelehrt Berlin, 14. November. Die heute abend in die Völkervereinigung einberufene Versammlung der deutschen Völkervereinigung, in der auch Reichsminister Erzberger ein Ansprecht halten sollte, ist von reaktionären Elementen, die sich zum größten Teil ohne Berechtigung im Saale aufhielten, gesprengt worden.

Rusland.

Bulgarien unterzeichnet.

Paris, 14. Nov. Gestern abend ist Völkervereinigung zufolge dem Sekretariat der Völkervereinigung eine von Sarajewo unterzeichnete bulgarische Note überreicht worden, die bekanntlich, daß Bulgarien bereit ist, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Kunst und Wissenschaft.

Der Nobelpreis.

Stockholm, 14. November. Die Akademie der Wissenschaften hat beschlossen den Nobelpreis des Jahres 1918 für Physik dem Professor an der Universität Berlin Albert A. Michelson, dem Nobelpreis für Chemie dem Professor an der Universität Berlin Robert Bunsen, die Verleihung des Nobelpreises des Jahres 1919 für Chemie ist für das kommende Jahr vorbehalten worden.

Provinzial-Nachrichten.

XX Völkervereinigung, 14. Nov. (Aus der Gemeinde.) In der Sitzung der Gemeindevorstände verabschiedete der neue Gemeindevorstand die durch sein Ausschüssen aus der Vertretung nachrückende Frau Hartmann als Gemeindevorsteherin. In der Regelung der Marktfeldverwaltung der Gemeinde wurde beschlossen, zunächst erst den vorhandenen Bestand an Marktfeldern in jedem Haushalt aus den Erwerbslosen durch eine Kommission festzustellen, um weitere Schritte ziehen zu können. In der Regelung der Wohnungsfrage der Gemeinde ist durch die Wohnungskommission die Wohnung registriert worden, den Gemeindevorstand sollen einmündige Kinder zugewiesen werden und mündigere durch einen Termin vor dem Mietungsausschuß Entscheidungen getroffen werden. Als Nachfolger des Stabsbeamten hatten sich zwei Herren aus den Nachbargemeinden gemeldet, doch trat der Wunsch, daß das Stabsamt in der größeren Gemeinde, in der sich auch die Kirche befindet, verbleiben möchte, in den Vordergrund.

Wesentlich, 14. Nov. (Strefse auf Sagen.) Bei der färslich auf dem Jagdgelände Pfauhof veranfaßten Strefse auf Hosen wurden 14 Hühner erlegt.

Merseburg, 15. Nov. (Die Einwohnerzahl des Kreises Merseburg) beträgt nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 insgesamt 102 574 Personen. Davon sind 59 403 Personen männlich und 43 171 Personen weiblich eingeschrieben. An Kriegsgesangenen befinden sich darunter 2225. Gegenüber der Volkszählung von 1910 hat der Kreis eine Bevölkerungszunahme von über 10 000 Personen zu verzeichnen. 1910 betrug die Gesamtbevölkerung 91 918.

Wesentlich, 14. Nov. (Die Verteilung der Wohnungsbauten) soll durch Förderung der Wohnungsbauten durch die Stadt gefördert werden. Für diesen Zweck will man Mittel in Höhe von 500 000 Mark durch Anleihe bereitstellen.

Wesentlich, 14. Nov. (Ueber die Verteilung der Holzversteigerungen.) Beim Holzversteigerungsvertrag der Forstämter Ludwigstadt und Lettau an der hiesigen hiesigen Kreisverwaltung wurden die schon sehr hohen Taxen (105 bis 165 Mark je Hektar) bis zu 302 Prozent überboten. Die meisten Gebote bewegten sich zwischen 200 bis 250 Prozent. Während der Versteigerung plauderte die Schreier oft hart aufeinander, so daß der Versteigerungsbeamte einige Male mit Einschneidung des Verkaufes drohte.

Coburg, 14. Nov. (Verhandlungen über die Anstaltsfrage.) In Wiesentals laud zwischen dem Staatsrat Dr. Schrad, Altinger und dem bayerischen Justizminister Dr. Müller, der sich in Begleitung zweier Staatsräte befand, eine Vorbesprechung in der Anstaltsfrage statt. Aus den Verhandlungen war zu entnehmen, daß die Errichtung eines selbständigen Landesgerichts Coburg schiefte. Danach begaben sich die Staatsräte Dr. Schrad und Altinger, Ministerialdirektor Dr. Freiß und die Abgeordneten Arnold und Siegener nach München, um mit der bayerischen Regierung zu konferieren.

Zimmern, 15. Nov. (Stiftung für das Technische Museum.) Die Gemeindevorstände haben anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Zimmerner Technikums eine Stiftung in Höhe von 25 000 Mark errichtet. Aus dem Erträgnissen dieser Stiftung sollen freizeithliche für Zimmerner am Technikum gewährt werden.

Literarisches.

Der Verlag Hammerich & Vester in Hamburg-Altena, der sich in der Herausgabe pädagogischer und sozialwissenschaftlicher Schriften besonders betätigt, hat seinem Unternehmen eine neue Abteilung angegliedert, die sich der Pflege moderner literarischer Werke widmet. Es erschienen zunächst Bücher von Kurt Richter, Abolito Wittmann und Hans Eise.

Als eine aparte und reizvolle Gabe für den Weihnachtsgeschenke kommt von dem bekannten Wissenschaftler Anton J. Benjamin, Hamburg, Alter 44, neben unter dem Titel „Wissenschaftliche Probleme" herausgegebene Prachtalbum ausgewählter literarischer, Originalwerke und multimedialer Literatur mit dem Namen von, welchen in hunder Folge und bieten in ihrer Fülle eine wahre Fundgrube allgemeiner Unterhaltungsmittel. Aus dem reichen Inhalt seien nur Namen wie Meyer-Belmann (Wallachauer), Pfeiffer (An der Weiser), Pfeiffer (Wasserglöten), Schmitt (Waise lante) und Terraris (Si ma nicht) genannt.

Redaktionsrat und Sozialismus von Dr. Rob. Determann, Schriftführer des Reichs Bauernvereins (Veröffentlichungen des Reichs Bauernvereins, Heft 4) Münster: 1919 (Komm.-Verlag von Heinrich Schöningh), 64 Seiten. Die arbeitslose Arbeit lehnt sich mit einer vielmehrteiligen Fortsetzung der Revolution. In ihrer Darstellung gibt der Verfasser eine Übersicht über die in Frage kommenden Theorien, über die Entwicklung der Sozialdemokratie als Reaktion und seit 19.